

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

295 (17.12.1917)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkassett monatl. 1,20 M., 1/2 jährl. 2,70 M., zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,05 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 J. Nebenzeilen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/9 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Während Graf Hertling im Reichstag unter lebhafter Zustimmung der Linken das Selbstbestimmungsrecht der russischen Völker anerkannte, hat jüngst Graf Czernin sich in den Delegationen viel kritischer und skeptischer über den Grundgedanken geäußert, der nach der Auffassung der bolschewistischen Regierung die Grundlage des demokratischen Friedens bilden soll. Der Widerspruch zwischen Hertling und Czernin ist freilich mehr ein scheinbarer als ein wirklicher. Der deutsche Reichskanzler wollte mit seiner Erklärung zu verstehen geben, daß das Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Kurlands nicht durch deutsche Gewalttätigkeiten beschränkt werden soll. Dem österreichischen Minister kam es aber vor allem darauf an, die mißlichen Folgen abzumehren, die eine Ueberspannung des Begriffs für das von ihm vertretene Staatswesen haben müßte.

Niemand kann leugnen, daß das Problem des Selbstbestimmungsrechts der Völker noch keineswegs völlig geklärt ist. Dem Demokraten leuchtet die Formel Selbstbestimmungsrecht des Volkes ohne weiteres ein, sie ist ihm aus der Zeit geläufig, in der alle Staaten Europas nach außen hin fest abgegrenzte Körper bildeten. Selbstbestimmungsrecht des Volkes war das Recht des innerhalb des Staates wohnenden Gesamtvolkes, selber seine Schicksale zu bestimmen. Dafür haben wir altertümliche und fest begründete Methoden: allgemeines Wahlrecht, parlamentarisches System, Volksabstimmung usw.

Das Problem des Selbstbestimmungsrechts der Völker nach einem Kriege ist aber ein ganz anderes, schon deshalb, weil der Begriff des Volkes selbst wandend und flüchtig geworden ist. Wenn wir im Frieden von deutschen Völkern sprachen, so meinten wir damit ganz selbstverständlich die polnisch, dänisch, französisch sprechenden Reichsangehörigen mit. Wenn man vom russischen Volk sprach, dachte man nicht etwa nur an die Großrussen, sondern an die ganze Volksmasse, die einseitig Gebiet bewohnt. Heute aber, wenn Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, entfällt sofort die Frage: was ist denn eigentlich ein Volk? Auf welchem Territorium soll abgestimmt werden, und wer soll wahlberechtigt sein?

Wenn z. B. den Polen das Selbstbestimmungsrecht gegeben wird, wie groß ist dann das Polen, das abzustimmen hat? Gehört z. B. Wilna zu Polen oder zu Litauen? Man kann sagen, Wilna möge selbst darüber entscheiden, ob es zu Polen oder zu Litauen gehören will. Dasselbe Recht wird man dann aber auch jeder Stadt und jedem Städtchen, ja selbst jeder Sprachinsel zustehen müssen. Folge davon wird sein, daß die so entstehenden Staatsgebilde höchst seltsam verzahnt ineinander einreißten und mit Entleerungen ineinander übergreifen werden. Daran muß sich eine Zerissenheit und Zerfahrenheit ergeben, die früher den höchst unglücklichen Zustand des deutschen Reichs bildete, aus dem sich dann das deutsche Volk nur schwer und mit großen Opfern befreite.

Wenn jetzt jeder Dorf- und Gemeinde und jedem Markt- und Flecken das Recht auf eigene Staatlichkeit gegeben würde, so wäre das kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt ins Mittelalter und außerdem eine Verletzung des demokratischen Prinzips, das die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit fordert sowie ein Widerspruch zum sozialistischen Gedanken, der die Einordnung der einzelnen Teile in ein Ganzes verlangt.

Vor allem ist auch zu bedenken: was man heutzutage mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker meint, ist in Wirklichkeit das Gegenteil eines wahren Selbstbestimmungsrechts. Gewöhnlich meint man nämlich, daß jetzt durch Abstimmung über die Staatlichkeit einzelner Bevölkerungsgebiete abgestimmt worden und daß dann diese Abstimmung dauernde Geltung behalten solle. Das heißt aber nichts anderes, als daß der gegenwärtigen Generation das Recht gegeben wird, die zukünftigen Generationen zu binden. In bitterer Weise würde das Wort zur Geltung kommen: „Das Erste steht uns frei, beim Zweiten sind wir Knechte.“ Finen überreichten Beschluß der Lebenden von 1918 würden kommende Geschlechter zu büßen haben. Man stelle sich einmal vor, es sollte ein Gesetz gemacht werden, das niemals wieder, weder durch Parlamentsbeschlüsse noch durch Volksabstimmung rückgängig gemacht werden könnte. Würde sich nicht das ganze Volk gegen ein solches Gesetz auflehnen?

Die Zeit unmittelbar nach dem Kriege ist aber vielleicht am allerwenigsten dazu geeignet, ein Volk klar erkennen zu lassen, innerhalb welcher Staatlichkeit es die größten Vorteile für sich erwarten darf. Die Meinungen sind viel zu erregt, viel zu sehr durch gewalttätige Momente beeinflusst, als daß man von einer Abstimmung mit Sicherheit ein für alle Zeit richtiges Ergebnis erwarten könnte. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker dürfte danach nicht ein einmaliges, sondern es müßte ein dauerndes sein, etwa in der Weise, daß die Abstimmungen über die Staatszugehörigkeit inner-

halb nicht allzulanger Fristen wiederholt werden müßten. Das aber würde dazu führen, daß in den Grenzgebieten die Staaten dauernde Kämpfe miteinander um die Seelen der Bevölkerung führen würden, ganz nach der Art, wie sich die politischen Parteien im Innern die Wählerstimmen gegenseitig streitig machen. Für die Ruhe Europas ließe sich von diesem Zustand nichts Gutes erwarten.

Aus diesen Betrachtungen erkennt man, daß es nicht leicht sein wird, bei den kommenden Friedensverhandlungen eine einwandfreie Bestimmung des Begriffes der Selbstbestimmung zu finden, und die Methoden festzulegen, nach denen diese Selbstbestimmung geübt werden soll. Ja, der Falle wäre ziemlich hoffnungslos, wenn nicht über allen Verhand-

lungen der gegenseitige gute Wille zur Verständigung schwebte und wenn nicht alle Teile durch ihre Haltung keinen Zweifel daran ließen, daß ihnen jeder Gedanke an eine Vergewaltigung fremder Volksteile fern liegt. Wenn in allen Ländern die Demokratie zur Geltung kommt, wenn der Sozialismus überall den Volkswohlstand hebt, wenn überall den nationalen Minderheiten weitgehende Rechte der Selbstverwaltung und der Pflege ihrer kulturellen Angelegenheiten eingeräumt werden, dann verliert der Streit um das Selbstbestimmungsrecht der Völker seine Schärfe, dann wird ein Zustand gegeben sein, in dem alle Völker, große und kleine, frei und friedlich nebeneinander und miteinander leben können.

28-tägiger Waffenstillstand an der Ostfront abgeschlossen. Beginn der Friedens-Verhandlungen. — Eine weitere italienische Stellung erkürrt.

Deutscher Tagesbericht.

Aus dem Tagesbericht vom Samstag.

Großes Hauptquartier, 15. Dez. (WVB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Seit mehr als 4 Wochen hat der Engländer seine Angriffe in Flandern eingestellt, seine heftigsten auf den Besitz der flandrischen Küste und die Vernichtung unserer U-Bootbasis huzielnde Offensiven (samt somit vorläufig als abgeschlossen gelten. Fast das ganze englische Heer, verstärkt durch Franzosen, hat über ein Vierteljahr lang mit unserer in Flandern stehenden Armee um die Entscheidung gekämpft. Deutsche Führung und deutsche Truppen haben auch hier den Sieg davongetragen, während wir an anderen Stellen durch gewaltige Schlagen den Feind niederwarfen. Die Mißerfolge des englischen Heeres in Flandern werden verschärft durch die schwere Niederlage, die es bei Cambrai erlitt.

Italienische Front.

Aus den Kämpfen der letzten Tage zwischen Brenta und Piave blieben 40 Offiziere und mehr als 30 000 Mann, einmae Geschütze und Maschinengewehre in unserer Hand. Mehrfache Gegenangriffe, die der Feind gegen die von uns genommene Stellung führte, wurden abgewiesen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

WVB. Großes Hauptquartier, 16. Dez. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Am Schloßpark von Boeseloof haben wir unsere Linien nach Abwehr eines feindlichen Teilangriffes vorgezogen und Gefangene gemacht.

Lebhafte Artillerietätigkeit von der Scarpe bis zur Dije; bei Monchy und südwestlich von Cambrai nahmen sie erhebliche Stärke an. Englische Vortöße bei Monchy und Bullecourt scheiterten.

In Erkundungsgefechten an vielen Stellen der französischen Front wurden Gefangene eingebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Zu Brest-Litowsk ist am 15. Dezember von Sr. Maj. Hoheit dem Generalfeldmarschall Prinzen Leopold von Bayern und Vertretern der Verbündeten Mächte ein Waffenstillstandsvertrag mit Rußland für die Dauer von 28 Tagen, gültig vom 17. Dezember 12 Uhr mittags ab, unterzeichnet worden.

Mazedonische Front

Kege Tätigkeit der Engländer zwischen Wardar und Doiransee.

Italienische Front.

Zu Erweiterung ihrer Erfolge haben österreichisch-ungarische Truppen italienische Stellungen südlich vom Col

Caprile erkürrt und mehrere Hundert Mann, darunter 19 Offiziere, gefangen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 16. Dez. (WVB. Nichtamtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Weiter wurde zu Brest-Litowsk ein für alle russischen Fronten geltender Waffenstillstand abgeschlossen, der mindestens bis zum 14. Januar zu dauern hat.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Gebiete des Col Caprile hatten österreichisch-ungar. Regimenter ihre Erfolge aus, wobei wieder einige Hundert Gefangene in unserer Hand blieben. In der Piave Artilleriekampf.

Der Chef des Generalstabs.

Beginn der Friedens-Verhandlungen mit Rußland.

Berlin, 16. Dez. (WVB. Amtlich.) Von den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung einerseits und den Obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei andererseits ist am 15. Dezember 1917 in Brest-Litowsk der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember mittags und gilt bis zum 14. Januar 1918. Falls er nicht mit sieben-tägiger Frist gekündigt wird, dauert er automatisch weiter. Er erstreckt sich auf alle Land-, Luft- und Seestreitkräfte der gemeinsamen Front. Nach Artikel 9 des Vertrages beginnen nunmehr im Anschluß an die Unterzeichnung des Waffenstillstandes die Verhandlungen über den Frieden.

Eine erfreuliche Nachricht meldet der deutsche Heeresbericht. Die Beauftragten der deutschen Heeresleitung haben zusammen mit den Beauftragten der verbündeten Mächte mit der russischen Heeresleitung einen 28-tägigen Waffenstillstand vereinbart, der mindestens bis zum 14. Januar zu dauern hat. Im Anschluß hieran haben die Friedensverhandlungen begonnen. Die sensationelle Nachricht, die gestern Nachmittag durch Extrablätter bekannt wurde, wurde freudig, aber ebenso ruhig aufgenommen. Wenngleich die Nachricht als ein Wetterleuchten des kommenden Friedens gelten darf, ist man sich doch bewußt, daß es gilt, kaltes Blut zu bewahren. Man ist sich der Größe der noch harrenden Aufgaben durchaus bewußt.

Mer Augen richten sich nach den inneren Verhältnissen des russischen Staatsgebildes, dessen Verhältnisse noch nicht absolut geklärt sind. Es muß abgewartet werden, ob die derzeitige russische Regierung so viel Rückhalt im Volke hat, daß sie Herr der Lage ist. Vorläufig hat sie noch sehr mit allerhand Gegenströmungen zu kämpfen.

Jedenfalls haben wir mal so viel erreicht, daß wir über die vierte Kriegswinternächte die Veruhigung haben dürfen, daß dem grauenhaften Menschenmord wenigstens auf der einen Seite vorläufig Einhalt geboten ist.

Die Lage an der Westfront und in Italien.

Berlin, 16. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) In Plan der n beschränkte sich am 15. Dezember die feindliche Artillerie auf Störungsfeuer, das mit kurzen Feuerüberfällen begleitet, nur nördlich Jandoorde lebhafter war.

Am 17. Dez. war das feindliche Artilleriefeuer östlich Armentier und bei Moion lebhafter. Gegen abend nahm es auch nördlich Viller und bei Lens an Stärke zu.

Westlich Cambrai und beiderseits St. Quentin steigerte sich gleichfalls das Artilleriefeuer. Feindliche Vorerbe Albert und Bapaume wurden im Morgengrauen des 15. Dezember ausgiebig und erfolgreich von uns mit Bomben besetzt.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 15. Dez. (Amtlich.) - Gines unserer Unterboote hat letzten im Atlantischen Ozean und in der Britischen See 4 Dampfer und einen Sealer mit über 18 000 Bruttotonnen versenkt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Verjense.

London, 16. Dez. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit: Ein britischer Zerstörer ist am 11. Dezember nach einem Zusammenstoß gesunken.

London, 15. Dez. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit: Ein englisches Luftschiff des Nichtstarrsystems, das am 11. Dezember mit einer Besatzung von 5 Mann von einem Stützpunkt an der Ostküste durchgebrochen ist, ist nicht zurückgekehrt.

U-Boot-Amt.

Berlin, 15. Dez. Ein im heutigen Marine-Verordnungsblatt veröffentlichter Kaiserlicher Erlaß bestimmt: Für die Dauer des Krieges wird im Reichsmarineamt ein neues Departement gebildet, welches die Bezeichnung U-Boots-Amt führt.

Erfolgreiche deutsche Kampfflieger.

Berlin, 15. Dez. Zahl ihrer Luftsieg bis zum 1. Dezember 1917:

- Rittmeister Frhr. v. Richten 63, Leutnant Müller (Mar) 31, Leutnant Budler 30, Hauptmann Berthold 28, Leutnant Berneri 27, Leutnant Frhr. v. Richten 26, Leutnant Wüsthoff 25, Oberleutnant Döfler (vermählt) 26, Oberleutnant Schleich 25, Leutnant v. Bülow 25, Leutnant Ritter v. Zutsche 23, Leutnant Bongart 23, Leutnant Klein 21, Oberleutnant Bethge 18, Leutnant Rissenberth 18, Leutnant Götlich 17, Leutnant Geh 17, Oberleutnant Rörzer 17, Oberleutnant Öring 16, Leutnant Schmidt (Julius) 15, Bizefeldwebel Menckhoff 15, Leutnant Thuy 15, Leutnant Udet 14, Leutnant Kroll 14, Leutnant Sahjstein 13, Bizefeldwebel Thom 13, Oberleutnant Buddecke 12, Bizefeldwebel Bäumler 12.

Siebte österreichische Kriegsanleihe.

W.B. Wien, 15. Dez. Die Zeichnungen auf die siebte österreichische Kriegsanleihe ergaben nach den ersten Feststellungen die Summe von 5801,6 Millionen Kronen.

Die Lage in Palästina.

W.B. London, 16. Dez. Heeresbericht aus Palästina von gestern: General Allenby meldet, daß er am 13. Dezember seine Linie nordöstlich Jerusalem weiter verlegte.

Ausland.

Der Monatsverlust der norwegischen Handelsflotte.

N.A. Im vergangenen Monat (November) hat die norwegische Handelsflotte 13 Fahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 19 000 Tonnen durch Kriegsmassnahmen verloren.

Aus der Partei.

Am Uebertritt des Reichstagsabgeordneten Brandes ins unabhängige Lager sagte der Kreisvorsitzende des Wahlkreises Ostersieben-Halberstadt-Bernigrode einstimmig nachstehendes Beschl.

Der Reichstagsabgeordnete Alwin Brandes ist aus der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion ausgeschieden und zu der Partei der Unabhängigen übergetreten.

Kommunalpolitik.

Zur Frage des Gemeindevorstands der Frauen. Man schreibt uns: Angesichts der bevorstehenden Neuregelung der innerpolitischen Verhältnisse erscheint es selbstverständlich, daß die Frauen ihre schon oft erprobene Forderung nach politischer Gleichberechtigung neu erheben.

Deutsches Reich.

Katholische Arbeitervereine gegen die Vaterlandspartei.

Die jüngste Nummer der „Westdeutschen Arbeiterztg.“ enthält ungemein scharfe Erklärungen gegen die Vaterlandspartei, da deren Werbetätigkeit in einigen Bezirken auch unter katholischen Arbeitern eingeleitet habe.

Beginn der Verschleppungstaktik.

Die Versuche, das Zustandekommen der Wahlrechtsreform zu verschleppen, haben bereits mit voller Kraft eingesetzt. Nicht nur, daß die erste Sitzung der Wahlrechtskommission erst am 11. Januar stattfinden soll, ist auch in Aussicht genommen, zunächst in eine Generaldebatte einzutreten und erst nach der Erledigung an die Beratung der einzelnen Gesetzesentwürfe zu gehen.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat sich am Donnerstag gebildet und den nationalliberalen Abg. Hausmann zum Vorsitzenden, den Konservativen Delbrück zum Stellvertreter gewählt.

Seiermann, Winter; von den Freionterparativen die Abg. Kranje, Waldenburg, Rüdike, Merin, Frhr. v. Schweinitz; von den Nationalliberalen die Abg. Hausmann, Künzer, Dr. Rohmann, Dr. Ludwig, Dr. Schifferer und Dr. Schröder; von den Fortschrittlichen die Abg. Lippmann, Dr. Bachmide, Dr. Wiemer; vom Zentrum die Abg. Dr. Bell, Witte, Giesberts, v. d. Hagen, Gerold, Feinmann, Dr. Borck, Graf von Strackwiz; ferner der Pole Korianty und der Sozialdemokrat Girch-Berlin.

Ein Studentenprotest gegen die „Vaterlandspartei“.

Studenten der Universität Heidelberg haben, wie die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet, an die übrigen deutschen Universitäten ein Rundschreiben verfaßt, das sich gegen die „Vaterlandspartei“ wendet.

- 1. Aufrechterhaltung der Studierenden zur Stellungnahme überhaupt.
2. Zusammenkunft aller derer, die im wesentlichen gleiches bekämpfen (um herauszugehoben: Krieger; Militärismus; Antik, daß die deutsche Kultur vernichtet werden kann, die Menschlichkeitsfülligkeit als Inhalt hat) — und gleiches wollen.
3. Uebernationaler Wirkung eines Gesinnungsbewegens.

Die Kohlenfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Donnerstagstagung des Abgeordnetenhauses wurde durch die Debatte über die Kohlenfrage ausgefüllt. Die verstärkte Staatshaushaltskommission, die sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat, unterbreitet dem Plenum Anträge auf Erhöhung der Kohlenförderung auf rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Mengen für die Verbraucher und auf eine ausreichende Belieferung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.

Die Lage in Rußland.

Die Wahlen zur russischen Konstituante.

Petersburg, 13. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung erhielten bei der 12. Armee die Bolschewiki 202 000, die Sozialrevolutionäre 122 000, die Ukrainer 3000, die Rabetten 6000, die patriotischen Menschewiki 2500 und die internationalen

Menschen 1700 Stimmen. Bei der 5. Armee war das Stimmverhältnis 145 000 Bolschewiki, 45 000 Sozialrevolutionäre, 21 000 Ukrainer, 1000 Kadetten, 1200 patriotische Menschen und 1200 internationale Menschen. In Finnland stimmten in der Kammer 208 000 für die Bolschewiki, 11 000 für die Sozialrevolutionäre, 1200 für die Ukrainer, 700 für die Kadetten, 330 für die internationalen Menschen und 233 für die patriotischen Menschen.

Im Gouvernement Kasuga fielen die Wahlen an erster Stelle für die Bolschewiki aus, an der zweiten Stelle für die Sozialrevolutionäre und an dritter für die Kadetten. In der Stadt Kaluga stehen die Kadetten an der ersten Stelle.

Die Abreise der Japaner.

Osaka, 14. Dez. Das „Fandetschab“ meldet aus russischer Quelle: Sofort nach der Revolution der Bolschewiki reiste der japanische Konsul in Wladivostok nach Tokio und kehrte bald darauf mit der Nachricht zurück, daß er Befehl habe, japanische Truppen landen zu lassen. Die Truppen kamen an. Gleichzeitig reisten beinahe alle japanischen Untertanen, die in der Hochmandschurie wohnten, auf Befehl des japanischen Konsuls aus Chailar, Jialar, Wodun und Charbin nach ihrem Vaterland zurück. Dieselbe Anweisung erhielten die Japaner im Ussuri-Gebiet. In Wladivostok kamen vier große japanische Transportschiffe an, um die Flüchtlinge nach Japan zu bringen.

Auch in europäischen Rußland ist ein Auszug der Japaner zu beobachten. Allein aus Krasnau haben in den letzten Tagen mehr als 1000 dort wohnende Japaner in aller Eile sich nach ihrem Vaterlande begeben. Die Abreise ging so häufig von statten, daß sie Hausgeräte, Lebensmittel und Warenvorräte zurückließen. Ähnliches ging bei der japanischen Kolonie in Petersburg vor.

Die russische Regierung stellte diesem Auszug nichts in den Weg. Sie verbot die japanische Militärkommission von der Front nach Petersburg, verweigerte ihr jedoch die Erlaubnis, die Stadt zu verlassen und nach Japan zurückzukehren. (Zestf. Jg.)

Die Kriegsgefangenen in Rußland.

Stockholm, 12. Dez. (Privattelegramm.) „Dien“ berichtet: Im Smolny-Institut wird gegenwärtig eine Verfügung ausgearbeitet, die den Kriegsgefangenen die gleichen Rechte zubilligt, wie anderen in Rußland wohnenden fremden Untertanen. Der Plan werde unabhängig vom Verlauf erzwingen. Zur Ausführung gelangt. Der Rat des Peterburger Militärbezirks begann am 4. Dez. die Entlassung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen. Ihnen wird das Verprechen angenommen, am Kriege nicht mehr teilzunehmen. Nach „Utro Rossii“ veranlaßt Trotzki telegraphisch die Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der in der Gegend von Wiatka angehaltenen deutschen Zivilgefangenen.

Eine Niederlage Kalebins.

Petersburg, 15. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Kosiow am Don, Wachtischowano und Taganrod sind in den Händen der revolutionären Truppen. Der russische General Potokoff ist mit seinem Stabe vertrieben worden. Kalebin hat die Bürgermeister von Kosiow eingeladen, nach Kosiow zu kommen zwecks einer Unterredung über die Einstellung der militärischen Unternehmungen.

Der Bürgerkrieg wütet weiter.

Berlin, 16. Dez. (Urausgabe.) „Daily Mail“ berichtet aus Petersburg: Im Innern Rußlands nimmt die Anarchie zu. Bei Kiew wird gefämpft. Die Radio-

Agentur meldet aus Petersburg: In ganz Südrußland wütet der Bürgerkrieg. Bei Charlow dauerte die Schlacht zwischen den Maximilianen und den Truppen Kalebins fort. Die Kosiowen lassen sich dem Hauptquartier in Mochlow nähern. Demgegenüber meldet die „Morninopost“: Während die russischen Gerichte im allgemeinen ablehnend geblieben sind, sei eine fortschreitende Anerkennung der Verhältnisse in Rußland festzustellen. Der Bund der Eisenbahner, der bis vor kurzem den Bolschewiki ziemlich feindselig gegenüberstand, ist allmählich ebenfalls unter den Einfluß der Bolschewiki gekommen. In Petersburg wie auf dem platten Lande fehlt es nicht an Anzeichen einer guten Disziplin. Die Soldaten kommen zu Tausenden vor der Front zurück und aber nicht im Besitz einer Waffe, wie es ihnen unter der Regierung Kerenskis gestattet war. Selbst die Offiziere von Petersburg hat sich in diese Richtung gewandt. Die tschakische feste Front wird überall gebrochen. Die „Morninopost“ meldet ferner, Lenin habe sich unfehlbar gemacht und achte für ein Ministerium, er sei unabhängig und stets von einer treuen Leibgarde umgeben. Er strebe durchaus nicht nach Volkstümlichkeit. Dagegen werde Trotzki offen und empfangen jedermann, soweit dies seine Geschäfte zulassen.

Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge in Rußland.

Petersburg, 15. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Regierung hat ein Dekret erlassen, wonach alle landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeuge dem Staat gehören. Die örtlichen Ausschüsse der Sowjets werden die Verteilung übernehmen. Der Vorstand der Arbeiter- und Soldatenräte in Moskau hat einen Beschluß verfaßt, durch den die Vermietung und der Verkauf von Grund und Boden, sowie der Handel damit verboten ist.

Die russischen Sozialrevolutionäre.

Petersburg, 14. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Kongreß der Sozialrevolutionäre. Hinsichtlich des politischen Programms der verfassunggebenden Versammlung beschloß der Kongreß, das Programm des zweiten Kongresses des Sowjet und seine Erlasse und Rechte zu verfechten.

Die Entschärfung versichert, das revolutionäre russische Volk werde seine Mission erfüllen, wenn die Regierungsgewalt ausschließlich und unwiderruflich in den Händen des Volkes liegen wird. In der Periode unserer gegenwärtigen sozialen und unterbrochenen Revolution darf das russische Volk die Macht nicht mit anderen Klassen teilen. Der Kongreß erklärt sich als beträchtlich weiter links stehend, als die linke Fraktion des Zentral-Exekutivkommissariats.

Eine dritte sozialdemokratische Partei.

Neben den zwei bestehenden russischen sozialdemokratischen Parteien — den Bolschewiki und den Menzschewiki — hat sich kürzlich eine dritte Partei gebildet, die sich sozialdemokratische Partei vereinigter Internationalisten nennt. Während die Differenzen zwischen den Bolschewiki und Menzschewiki in der unterschiedlichen Auffassung der taktischen Probleme, der Beurteilung der Bündnisfähigkeit der Bourgeoisie, der Einschätzung des Tempos und des Charakters der Revolution begründet sind, sind die Internationalisten ein Produkt der Kriegsdiskussionen. Sie haben in sich Anhänger der beiden Richtungen der russischen Sozialdemokratie aufgenommen. Sie stehen auf dem Boden des Programms der Zimmerwalder Rufen, in der Friedensfrage — den Bolschewiki sehr nahe — fordern sie die Bildung eines Kongresses internationaler Sozialisten aller sozialistischen und demokratischen Organisationen, aber ohne die Bürgerlichen. Von den früheren Mensche-

wiki gehören ihnen u. a. an: Kretschow, Martow, Martynow, von den Bolschewiki — Gorki und die sich um ihn und sein Blatt „Korotaja Schin“ gruppierenden Genossen. Die frühere sozialdemokratische Dumafraktion — Tschelidse, Stokelaw, Tschenteli — ist nicht bei den Internationalisten; diese Männer gehören den Menschewiki an.

Die Lage in Portugal.

Lissabon, 15. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Lyoner Blätter melden aus Lissabon, die Regierung werde ausschließlich von Anhängern der unabhängigen Republikaner und einigen Republikanern der Unionistenpartei zusammengesetzt sein. Alfonso Costa und Soares seien ins Gefängnis verbracht worden. General Vimento Castro sei in Lissabon eingetroffen. Die politische Verbannten wurden amnestiert.

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

2. Öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 14. Dez.

Die heute nachmittag abgehaltene 2. öffentliche Sitzung der 1. Kammer wurde von dem Präsidenten Prinzen Max mit einer längeren Ansprache eröffnet, in welcher der Prinz einleitend den Wunsch äußerte, daß auch diese Tagung der 1. Kammer unter dem badischen Heimatlande zum Wohle gereichen möge. Wo Deutsche, so führte Prinz Max u. a. weiter aus, zu gemeinschaftlichem Tun sich jetzt versammeln, muß das erste Wort unseren Vätern an den Fronten gelten, vor allem jenen Soldaten, die in selbstloser Hingabe im Westen uns schützen. Unsere Herzen schlagen höher von heimatischem Stolz erfüllt weil wir wissen, daß badische Regimenter an den Brennpunkten der Schlacht Latein vollbracht haben, die von der deutschen Treue und Tapferkeit ein herabes Zeugnis ablegen. Der Name Cambrai wird in der Geschichte Badens immer mit Erinnerung genannt werden. Wir neigen uns in Ehrfurcht vor diesen Kämpfern, vor allem vor denen, die nicht mehr heimkehren. Wir in der Heimat dürfen keinen Augenblick vergessen, welche namengebenden Rängen sich an der lebendigen Mauer abspielt, die uns schützt. Das Ausbarren unserer Truppen im Westen hat einer genialen Führung die Erfolge von Nica und Ce'el und diesen in Gegenden ermächtigt. Daß gerade Italien die ganze Schwere des Krieges zu fühlen bekommt, erscheint uns mit Recht als das Walten der Nemesis.

Lansam aber stetig arbeitet sich die Wahrheit durch den schweren Dunst der Lüge und Verleumdung. Trotz unserer Erfolge, haben wir jüngst von unseren westlichen Feinden eine neue Kriegserklärung zu hören bekommen. In den letzten Reden von Lloyd George, Clemenceau und Wilson wird Deutschland angeklagt, daß man es niederschmettern will. — In seinen weiteren Ausführungen legte Prinz Max dar, wie die Hoffnungen unserer Heimat, die sie zu Beginn des Jahres 1917 hegten, alle zu Schanden geworden sind. Prinz Max trat im folgenden in klaren Worten unseren Feinden entgegen und betonte, wie sehr das deutsche Volk die Opfer der Westfront für die gemeinsame Sache im Krieg wie im Frieden brauche. Wenn es heute scheint, daß der Krieg bis zur Erschöpfung durchgeführt werden soll, so ist daran einzig und allein der Wille Amerikas und Englands schuld. Wie es bei unseren Feinden aussieht, das verraten uns die Reden ihrer Staatsmänner. Aber trotzdem dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Die Friedensfreunde bei unsren Gegnern sind noch zur politischen Ohnmacht verurteilt und sie mögen es vielleicht noch lange bleiben. Wir müssen daher unsere ganze Kraft zusammenraffen für den Kampf der uns noch bevorsteht.

In seinen Schlussworten führte Prinz Max aus, der Bürgerkrieg fordere, daß die Menschen nicht miteinander rechten in be-

flandrische Bilder.

Aus den Schilderungen, die ein Magdeburger Genosse seinen Angehörigen über seine Kriegserlebnisse gibt, drucken wir diese kleinen Skizzen ab:

Blutiger Schlamm.

Seit Juli geht der Engländer ungeheure Menschenmassen in Flandern ein, um vorwärts zu kommen. Tag und Nacht heulen und krachen die Granaten, niemals ist es ruhig. Rängt besteht kein Graben mehr, alles ist ein wüstes Trichterfeld. Mächtige Regenröhren verchlammten das scheinbar lumpige Gelände vollständig, machten das Weichwerden des Geländes gefährlich, da man sehr leicht in einen der tiefen, schlammgefüllten Trichter gleiten und ohne Hilfe elend umkommen kann.

Wieder rait englisches Trommelfeuer über das Gelände, in Trichtern wartet man, bis man von einer Granate erschlagen wird oder der Engländer kommen.

Obt singend, totelnd kommen sie, das Gewehr unter dem Arm, total betrunken. Mühsam suchen sie den Weg auf den Trichterrändern, jetzt sind sie nahe genug und nun hämmern unsere Maschinengewehre in die Massen. Schreiend brechen die Gestalten zusammen und verschwinden im Schlamm. Hier und da sieht unter dem Schlamm noch ein Arm oder ein Kopf hervor, mit entsetzten Augen. Neue Massen stürmen an und verschwinden im Schlamm, tot oder verwundet ist gleich, die Trichter halten alles fest.

Granaten wühlen Tote wieder aus, wirbeln sie durch die Luft und wieder spritzt der Schlamm über dem Toten zusammen.

Seit Juli sterben und versinken hier Menschen, keiner hat sie bergen können, Tausende und über Tausende liegen hier. Und noch immer stürmt der Engländer und von Tag zu Tag wird der Schlamm buchstäblich roter. Manche Trichter sind einzige Blutlachen, täglich werden es mehr. Wann wird das ganze Gelände von Blut überflutet sein? — — —

Im Kino.

Wo irgend möglich, ist Gelegenheit gegeben, in Ruhetagen ins Kino zu gehen. Man braucht Abwechslung im ewigen Einerlei. Seltener sind die gebotenen Sachen geistig wertvoll, aber trotzdem ist der Besuch groß. Noch mehr aber als durch die lebenden Bilder wird für Unterhaltung durch die selbstgrauen Besucher selbst georgt. Jede spielende Person wird kritisiert, jedes Liebespärchen — fast jeder Film bringt ein solches — wird mit aufmunternden Worten bearbeitet.

Nicht immer entspricht die Aufmunterung den Lehren Knigges, zarte Personen würden oftmals erröten, wenn sie im Kino unter den grauen Besuchern sitzen würden. Aber alles lacht, muss lachen, weil man die Weisheit so treffend sieht, daß einem keine andere Möglichkeit übrig bleibt. Oftmals sind die Bilder insolge Zigaretten- und Zigarettenrauchs so trüb, daß man kaum etwas erkennt, das tut aber der Unterhaltung keinen Abbruch. Man tritt sich auf die Füße im Gedränge, teilt Puffe aus und empfängt doppelt dafür, das gehört alles zum Krieg, deshalb geht man ja ins Kino.

Nachricht aus Italien.

300 000 Gefangene, 2000 Geiseln und noch kein Halt. Hoffnung und Freude beginnen zu keimen, nicht weil es Italienern so ergeht, sondern weil man glaubt dem Frieden nun näher gekommen zu sein. Wohl ist auch etwas Genugtuung dabei, denn wären uns die Italiener nicht in den Rücken gefallen, dann wären wir heute vielleicht alle zu Hause. Wohl wird Italiens Niederlage auch vom militärischen Standpunkt gewertet, aber die Hoffnung auf Frieden ist stärker.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Karlsruher Buchhandlung bezogen werden.

„Die freie Burg.“ Eine Erzählung von Robert Grumbach. J. Bielefelds Verlag in Freiburg i. Br. 132 Seiten; Preis geb. 1,50 M.)

Als einen Blumenstrauß aus Feindesland auf das Feldengrab des allzuerst von uns gegangenen Dr. Ludwig Frank darf man das Büchlein ansprechen, das der bekannte Freiburger Rechtsanwalt und Stadttrat Josef erscheinen läßt. Es behandelt im großen ganzen die Studentenzeit des jungen Kämpfers der Sozialdemokratie, der in dem Büchlein unter dem Namen Dr. Ludwig Ederi auftritt. Keine Studentenromantik, wie man sie sonst gewöhnt ist, mit Bierjungen, Salenquarten und feile Terzen wird uns hier geboten, sondern die Geschichte eines jugendlichen Genies, eines Feuerkopfes, der sich im Flug die Sympathie der Gleichgesinnten und die Achtung großherziger Andersdenkender erringt. Einige bedeutende Ränder der Wissenschaft am Fuße des Schwarzwaldes werden in ihrem Verhältnis zu dem jungen Studio gezeigt, sodas das ganze gewissermaßen als Schlüsselroman wirkt, dem der Ortskundige noch viel mehr Interesse entgegenbringen muß als der Fernerlebende. Das Rückgrat der Erzählung bildet die Gründung

*) Die Erzählung ist auch in unserer Volksfreundbuchhandlung zu haben.

des Freundschaftsbundes der „Freien Burg“, die Franks nächste Freunde und ein holdes weibliches Wesen vereint. Ein tragisches Geschick maltet über diesem Augenbunde, den der Verfasser bis zu seiner Auflösung durch den Tod aller männlichen Mitglieder verfolgt. Zuerst stirbt Wolters, der Philosoph, der wohl der Welt noch nicht viel geben konnte, dann folgt ihm der unglückliche Dichter Emil Gerhart, in dem man Emil Göttschewer erkennt, und zuletzt drückt das Schicksal dem Reichstagsabgeordneten und Kriegsfreiwilligen Ederi die Märtyrerkrone aus Lorbeer und Eichen aus dessen lockige Haupt. Aber ihre Gedanken starben nicht mit ihnen, denn Göttschewes Werte ringen sich zu immer allgemeinerer Anerkennung durch und auf Franks frühen Tod kann man das Wort des Verfassers anwenden: „Vielleicht zeigt es sich einmal, daß sein Tod das Meisterwerk seines Lebens gewesen ist.“

Wo das Stoffliche so lebhaftes Interesse weckt, wie im vorliegenden Fall, denkt man nicht in erster Linie an die künstlerische Verarbeitung. Und doch muß man sagen, daß in dem Verfasser, der unseres Wissens durch literarische Werke in Buchform noch nicht hervorgetreten ist, eine bisherige Ader fließt, die ihn insland zieht, den spröden Stoff mit anerkennenswertem Geschick und mit dem nötigen Takt zu modeln. Mit warmem, edlem Empfinden schildert er uns die stillen Schönheiten seiner Schwarzwaldb Heimat und des verträumten, goldenen Freiburg. Wohl sehen die historischen und biographischen Daten seiner Gestaltungslust eine Grenze, aber trotz dieses Zwangs hat Grumbach ein liebenswürdiges Werk geschaffen, das man gerne zur Hand nehmen wird überall da, wo man die meteorartige Laufbahn des unvergeßlichen Ludwig Frank am politischen Himmel miterlebt hat.

Wegweiser durch die reichsgesetzliche Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von Friedrich Grall, Oberrevisor und Abteilungsleiter bei der Landesversicherungsanstalt Baden, Karlsruhe 1917. G. Braunische Hofbuchdruckerei. Preis 3 M.

Der Wegweiser gibt den Versicherten in gemeinverständlich Darstellung über alles das Auskunft, was sie von der Invaliden- und Altersversicherung wissen sollen.

Aber auch den mit dem Vollzug des Gesetzes betrauten Behörden (Versicherungsämter, Ortsbehörden, Krankenkassen, Distributionsstellen) bietet der Wegweiser für den praktischen Gebrauch wertvolle Hilfe.

Die Ausführungsbestimmungen der Landesversicherungsanstalt Baden über Invaliden-Waisenhauspflege, Tuberkulosebekämpfung, Kinderfürsorge und Kriegsversicherung, haben ebenfalls Aufnahme gefunden.

Die beigegebenen Erläuterungen, sowie die Hinweise, auf reichsversicherungsamtliche Entscheidungen machen den Wegweiser zu einem sehr geeigneten Auskunftsbuchlein, das jedermann, der über Fragen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Auskunft zu erteilen hat, nur beistens empfohlen werden kann.

achtendem Geiste. Mit gutem Willen ist das wohl möglich. Im Jahre 1914 sagte der Kaiser: „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur noch Deutsche.“ Damals herrschte der Friede unter den Parteien, aber in der letzten Zeit haben wir erleben müssen, daß die Vergiftung vor dem Kriege wieder hervortrat. Wir müssen das Kaiserwort erneuern und verstehen, wie es verstanden sein will: Wohl gibt es Parteien, aber sind alles Deutsche. Es ist notwendig, daß noch während dieses Krieges eine Abkehr von der Kriegsvererbung stattfindet. Nicht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern. Hinter uns steht das Zeichen des Weltgewissens. Deutschland kann dieses Zeichen getrost auf seine Fahne schreiben. In diesem Zeichen werden wir liegen.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Präsidenten wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nach Bekanntgabe der neuen Eingänge wurde mitgeteilt, daß die Budgetkommission zu ihrem Vorsitzenden Geh. Rat Dr. Vöcklin, zum Stellvertreter Herrn v. Stöckingen, die Petitionskommission zu ihrem Vorsitzenden Geh. Rat Dr. Lewald, zum Stellvertreter Oberbürgermeister Hermann, die Kommission für Eisenbahnen und Straßen zum Vorsitzenden Geh. Kommerzienrat Sizomeyer, zum Stellvertreter Graf Andlau und die Justizkommission zum Vorsitzenden Geh. Rat Glöckner und zum Stellvertreter Oberlandesgerichtspräsident Düringer gewählt haben.

Sodann berichtigte Geh. Kommerzienrat Engelhard über den Gesetzentwurf betreffend die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und Geh. Rat Dr. Vöcklin über den Gesetzentwurf betr. die Steuererhebung in den Monaten Januar bis März 1918. Beide Gesetzentwürfe wurden einstimmig angenommen. — Nachdem die Kammer noch der Vergebung von Deudarbeiten zugestimmt hatte, wurde die Sitzung geschlossen. Der Tag der nächsten Sitzung ist noch unbestimmt.

Baden.

Aus dem badischen Landtag.

Die Großh. Oberrechnungskammer hat der 2. Kammer eine Denkschrift über die von ihr durchgeführte Rechnungsabgrenzung in den Geschäftsjahren 1915/16/17 zugehen lassen. In dieser Denkschrift wird festgestellt, daß wesentliche Mängel der Verwaltung, soweit sie sich bei einer Rechnungsabgrenzung finden lassen, nicht wahrgenommen worden sind. Die Oberrechnungskammer teilt in ihrer Denkschrift sodann weiter mit, daß sie die Frage eingehend geprüft habe, ob sich Vereinfachungen im Geschäftsbetrieb der Prüfungsbehörden ausfindig machen ließen, durch die ohne Gefährdung der Güte des Staatsergebnisseins Erleichterungen im Abrechnungsgebiet erreicht werden könnten. Tatsächlich sei es gelungen, vorläufig Maßnahmen zu treffen, die eine wesentliche Einschränkung in der Prüfung der Massenbücher, gewisser Anweisungen der Ministerien und Mittelstellen und einiger Arten von Belegen herbeiführen werden. Geprüft wurden von der Oberrechnungskammer die sehr umfangreichen Rechnungen der Eisenbahnhauptkasse, der Landeshaupthauptkasse und die Rechnungen der Kaufleute für die Heil- und Pflanzengüter Wiesloch, bei Konstantz, Kaspitz und für das Kurpfalzwerk.

Die Frage der Oberrheinregulierung.

Die schon den außerordentlichen Landtag im Frühjahr d. J. beschäftigte, wird auch bei der jetzigen ordentlichen Tagung zur Sprache kommen. Abg. Dietrich, Oberbürgermeister von Konstanz, hat im Hinblick darauf, daß das schweizerische Kapital eifrig daran arbeitet, die Wasserkraft in seine Hände zu bekommen, an die badische Regierung die Anfrage gestellt, was der badische Staat zu tun gedenke, daß die Planmäßigkeit des Ausbaues der Oberrheinwasserkraft durch Erteilung der Konzessionen nicht gefährdet wird. Zugleich stellt Abg. Dietrich die Frage, warum in Karlsruhe noch nicht das Büro zur Bearbeitung der vorliegenden Pläne errichtet wurde.

Ettingen, 16. Dez. In der Nacht zum Samstag wurde der Zugführer Körber aus Karlsruhe auf dem hiesigen Staatsbahnhof von einem aus der Richtung von Rastatt kommenden Schnellzug erfaßt und getötet.

Rastatt, 15. Dez. Die nächste Sprechstunde der Rechtsauskunftsstelle des Arbeitersekretariats Karlsruhe findet erst am Dienstag, 8. Januar 1918 im „Nappen“ hier statt.

oc. Kehl, 17. Dez. Im hiesigen Hafen wurde ein 20jähriger Arbeiter durch die Greifer eines Kranes so heftig gegen einen Eisenbahnwagen gedrückt, daß er sofort tot war.

Hornberg, 16. Dez. Zwei Burschen drangen in Niederrömer in einen Stall ein, töteten mit zwei Schüssen ein Schwein von 1 1/2 Zentner, luden es auf einen bereitgehaltenen Schlitten und fuhren davon. Zwei Verdächtige sind bereits verhaftet.

Unterhaltung und Belehrung

Der Fuchs im Hühnerstall oder die verräterische Halskette. Ein Wirt in Zürich hatte zwei junge Fische erworben. Er wollte in seiner Gartenvirtschaft einen kleinen Zwinger anlegen. Während das eine Tier mit der Zeit zahm und folgsam wie ein Hund wurde, verlegnete das andere kein Naturallie. Eines schönen Tages erhielt der Wirt die Aufforderung, die Tiere in Freiheit zu setzen, doch kam er diesem Befehl erst nach, als er vom Statthalteramt „gebittet“ wurde. Das zahmere Tier fandte er in den städtischen Wildpark, während er das zweite im Tübel des Elephantenbades in der Nähe seines Hauses aussetzte. Um für später ein Erkennungszeichen zu besitzen, legte er dem Fuchs ein kleines Kettchen um den Hals. Zwei Tage nach erfolgter Auslegung wurde der Wirt auf die Polizei zitiert, wo ihm die Eröffnung gemacht wurde, daß ein Fuchs im Dolderpark den ganzen Federviehbestand abgemurkt habe. Das Tier hatte es verstanden, mit der Schnauze das Falltürchen zu heben und in den Stall einzudringen, wo er 52 Hühner tötete. Zu gleicher Zeit war der Räuber aber gefangen gesetzt, da das Türchen hinter ihm wieder niedergegangen war. Als dann ein Angestellter am Morgen den Stall öffnete, drang ihm der Fuchs an den Keul. Es gelang dann, das Tier totzufischen und durch die Halskette den früheren Besitzer zu ermitteln. Die Dolderpark-A.G. forderte Schadenersatz in der Höhe von 520 Franken, abzüglich von 160 Fr. für den Fleischer. Der Wirt verweigerte die Bezahlung; ihn habe keine Verantwortung mehr treffen können, da man ihn gezwungen hatte, die Fische auszusetzen. Die Klagerin ließ darauf ihr Begehren fallen. Wegen die vom Statthalteramt verhängte Buße rekurrierte der Wirt an die Finanzdirektion, welche die Buße wieder aufhob.

Freiburg, 16. Dez. Der Bahnarbeiter Erzig aus Oberschaffhausen wurde auf einer Wiese bei Kircharten erstochen aufgefunden. Er hatte in der letzten Woche mit einem Russen im Nittliwald eine Fuhre Holz holen wollen, hatte sich dann entfernt und wurde seither nicht mehr gesehen.

Schweiningen, 16. Dez. Am Freitag brach in der Scheune des Wäckermeisters Edmund Maier Feuer aus und griff auch auf den angebauten Schuppen, den Seitenbau und auf den Dachstuhl des Wohnhauses über. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 5000 Mark, der Hausratschaden etwa 1000 Mark.

Von der Karlsruher Lokalbahn.

Aus Hagsfeld schreibt man uns: Wir brachten Ende Oktober eine Notiz über die unhaltbaren Zustände der K. Lokalbahn in Bezug auf Verspätung usw. Daraufhin besaßte sich der Stadtrat mit der Angelegenheit und beschloß, die Strecke Karlsruhe-Hagsfeld zu elektrifizieren. Die interessierte Arbeitererschaft wäre dem Stadtrat bezw. Bahnamt sehr dankbar, wenn die Strecke alsbald in Angriff genommen würde, denn so, wie bisher, ist es ein wahrer Jammer, wenn man bedenkt, daß der Zug abends 6.28 Uhr geht aber meistens erst 6.45 Uhr und noch später ab) so überlastet ist, daß es eine Maschine kaum mehr ziehen kann. Wenn man im Zuge sitzt und muß beobachten, daß die Fußgänger draußen am Zuge schneller vorbeilaufen als der Zug fährt, so ist doch das kein Zustand mehr. Wir brauchen schon einigemal vom Lokalbahnhof bis Friedhof 15-16 Minuten Fahrzeit; in dieser Zeit läuft man auch hin.

Es wäre endlich einmal an der Zeit daß das elektrische Straßenbahnnetz im Nahverkehr der Stadt besser ausgebaut wird, denn in mancher Kleinstadt sind solche Zustände denkbar. Ich will gar nicht weit gehen und nur Heidelberg erwähnen. Da ist man schon länger als zehn Jahre mit der Elektrischen bis nach Wiesloch und von dort nach Waldbrunn gefahren, von Großhildingen gar nicht zu reden, wo man Stundenweit elektrisch fahren kann. Diese Beispiele sollten den Karlsruher Stadtrat endlich einmal veranlassen, sich wenigstens von Kleinstädten nicht überkumpfen zu lassen.

Noch eine Bemerkung betr. Heizung und Beleuchtung. In der jetzigen kalten Jahreszeit sollte den Leuten nicht zugemutet werden von Spöck bis Karlsruhe und umgekehrt in einem kalten Wagen zu sitzen. Wir verlangen ja keine allzu große Hitze, aber ein wenig durchwärmte Wagen wären schon am Platze. Wie oben angeführt, ist die Fahrzeit eine ziemlich lange, z. B. 2 Stunden, wo man allen möglichen Erleichterungen und Bequemlichkeiten ausgesetzt ist. Die mangelnde Beleuchtung bildet eine direkte Gefahr. In den Orten ist z. B. die Beleuchtung sehr mangelhaft; die Wagen sind auch nicht beleuchtet, so daß es nur ein Zufall ist, wenn da noch kein Unglück passiert ist. Ich möchte füglich in Hagsfeld am „Alder“ die Beobachtung, daß ein älterer Mann einsteigen wollte in der Meinung, er sei am Schluß des Zuges. Nur durch die Aufmerksamkeit eines anderen ist er noch rechtzeitig erkannt worden, sonst wäre der Mann zwischen die beiden letzten Wagen hineingekommen und das Unglück wäre da gewesen. Sparfame! am richtigen Ort ist gewiß am Platze. Aber wo Gefahr besteht, da ist sie verfehlt. Wir wollen hoffen, daß das Bahnamt bezw. der Stadtrat in dieser Richtung Vorkehrungen treffen und diesen Wünschen Rechnung tragen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 17. Dez.

200 Prozent Gewinn!

Die Zuckerraffinerie Cannstatt hat im abgelaufenen Geschäftsjahre wieder so riesige Ueberschüsse erzielt, daß sie Mühe hat, diese unterzubringen. Abzuschreiben gibt es kaum noch etwas, die Reserven sind übergrößer, durch eine Dividende von 25 Prozent werden die Ueberschüsse lange nicht ausgeglichen. Ein Geldverleiher, der 25 Prozent Zinsen nimmt, wird als Wunderer bestraft. Der Aktionär, dem für 1000 Mark Kapital eine Jahresdividende von 250 Mark zukommt, darf unbestraft nicht nur diese Summe, für die er keine Arbeit leistet, sondern noch viel mehr nehmen.

Die Zuckerraffinerie Cannstatt läßt es diesmal nicht bei einer Dividende von 25 Prozent bewenden, die nach dem finanziellen Stand des Unternehmens vervielfacht werden könnte. Die Herren Aktionäre erhalten außerdem neue Aktien geschenkt, und zwar gibt es auf drei Aktien eine neue, für die kein Bönig zu zahlen ist.

Wenn man rechnet, daß die Aktien auf Pari stehen, ergibt sich auf diese Weise eine Jahresdividende von 58 1/2 Prozent. Da die Aktien aber viel mehr wert sind, bedarf diese Rechnung der Ergänzung. Der gegenwärtige Kurs der Aktien der Zuckerraffinerie Cannstatt ist 540 Prozent. So ergibt sich dem folgende Rechnung: Der Besitzer von drei Aktien im Nennwert von zusammen 3000 Mk. bekommt zunächst für dieses Kapital 750 Mk. jährliche Dividende. Daneben aber erhält er als besonderes Geschenk eine neue Aktie im Wert von 5400 Mk. Dazu die Dividende gerechnet, bringen ihm Papieren im Nennwert von 3000 Mk. einen Jahresgewinn von 6150 Mark. Das sind über 200 Prozent.

So profitieren die Gesellschaften vom Kriege, denen wiederum sehr stark erhöhte Preise bewilligt wurden, damit sie wirtschaftlich „durchfallen“ können. Staat und Gemeinden müssen zugunsten des kriegeliebenden Volkes, das die immerwährenden Verteuerungen nicht mehr zu ertragen vermag, gewaltige Summen aufwenden, die schließlich wieder in den Geldbörsen der reichen Aktionäre zusammenfließen. Welche Gedanken mag sich die Kriegerfrau machen, die mit knapper Unterhaltung und hart erarbeiteten Lohn auskommen muß und hört, daß ein Aktionär, der keine gesellschaftlich nützliche oder notwendige Arbeit zu leisten braucht, einen Jahresgewinn von über 200 Prozent erhält? Wie wirken solche Tatsachen auf die Männer an der Front ein, die in Dreck und Feuer tödlich ihr Leben einsetzen und unter den größten Strapazen und Entbehrungen den heimatischen Boden kultivieren? Wie wird ihnen das Ausschalten durch das atomlose Treiben derer erschwert, die sich in der Heimat auf Kosten ihrer kriegeliebenden Angehörigen grenzenlos bereichern! Einmal werden solche Erleichterungen, die keine Regierung verhindert, die viel mehr erst durch eine nicht verantwortliche Wirtschaftspolitik ermöglicht wurden, bestimmt erzeugen; Todesschlag sein eine Ordnung, die die Armen zu harter Arbeit und Entbehrungen zwingt und den Besitzern der Produktionsmittel gestattet, das weithin vorhandene Elend für sich in Reichthum umzumünzen.

Zur Stadtratswahl. Für den aus dem Stadtratskollegium ausgeschiedenen Stadtrat Florian Wapser hat die

sozialdemokratische Partei den Erbkammern zu stellen. Die sozialdemokratische Fraktion und der Ausschuss des sozialdemokratischen Vereins haben sich dahin geeinigt, für den Posten des jetzigen stellv. Vorsitzenden des Stadtratsordnen-Vorstandes, den Geschäftsführer Heinrich Sauer in Vorschlag zu bringen. In der gestern nachmittag im „Auerhahn“ stattgehabten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins wurde dieser Vorschlag ohne Widerspruch gutgeheißen und einstimmig beschlossen, den Gen. Sauer bei der nächsten Freitag angelegten Stadtratswahl als Kandidaten zu präsentieren.

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Mittwoch abend 8 Uhr Sitzung im H. Rathhousaal.

Spießbubenpreise hat Höchstpreise. Das Landespreiskomitee hat für Christbäume sog. „Angemessenheitspreise“ festgesetzt: I. Für Rottannen: bei einer Länge bis 1,20 Meter 50 Pf., bis 1 Mk., von 1,20 Meter bis 2 Meter 1 Mk., bis 2 Mk., von 2 bis 5 Meter 2 Mk., bis 5 Mk., das Stück. II. Für Weißtannen: bei einer Länge bis 1,20 Meter 70 Pf., bis 1,20 Mk., von 1,20 Meter bis 2 Meter 1,20 Mk., bis 2,50 Mk., von 2 Meter bis 5 Meter 2,50 Mk., bis 5 Mk. das Stück. Preise und Längenmaß sind an den Verkaufsstellen sichtbar auszubringen.

Die „Angemessenheitspreise“ scheinen jetzt wohl allgemehr die Stelle der Höchstpreise einnehmen zu wollen, nachdem man erstmals beim Wein dieses Erberment gemerkt hat. Man frägt sich wohl allgemein: Was ist mit einem „Angemessenheitspreis“ wohl anfangen. Verlangt wird scheinbar immer die oberste Grenze, die doppelt so hoch ist wie die unterste.

Arbeitsbeschränkung über die Reichswehrfeier. Mit Rücksicht auf die derzeitige Kohlenknappheit erklärte sich das Kriegsministerium damit einverstanden, daß an den Montagen 21. und 31. Dezember d. J. die Arbeit in solchen kriegswirtschaftlichen Betrieben ruht, in denen das Vorhandensein ohne Schädigung der Heeres- oder der öffentlichen Interessen möglich ist. Vor allem werden solche Betriebe in Frage kommen, welche nach ihrer Arbeitsordnung ohnehin nur an den Werktagen arbeiten würden.

Für eine etwaige Entlohnung der Arbeit in der ganzen Zeit vom 22. Dezember 1917 bis 2. Januar 1918 muß ebenfalls der Geschäftsbund des Heeres oder des öffentlichen Interesses ausschlaggebend sein. Bei solcher längerer Arbeits-einstellung ist Anzeige an die Arbeitsstellenstelle seitens der mit Betriebsaufträgen befaßten Betriebe abgeben.

Was giebt es diese Woche? Nach der Bekanntmachung des Nahrungsmittelamts im Angebotsverzeichnis werden in der Woche vom 17. bis 23. Dezember 1917 neben den regelmäßigen Verteilungsmengen an die Bevölkerung 1/2 Pfund Nudeln, 1/2 Pfund Marmelade und 1/2 Pfund Sauerkraut, wie Gemüsesalate, abzugeben. Der Vorrat an Konserven ist leider nicht so groß, daß für jede Person eine 1/2 Pfund-Dose gegeben werden kann; deshalb wird eine solche nur jeweils für 2 Personen gegen 2 Marken verabsolot. Damit aber auch einzelstehende Personen Genüßleistungen bekommen können, erhalten dieselben gegen Vorzeigung ihrer Ausweiserte und Abstemplung derselben und gegen Abgabe einer Marke ebenfalls eine 1/2 Pfund-Dose. Haushaltungen von 1 bis 3 Personen erhalten also eine Dose von 1/2 Kilo, solche von 4 bis 5 Personen bekommen 2, von 6 und 7 Personen 3 Dosen von je 1/2 Kilo, oder die entsprechenden größeren Dosen. Die angeforderten 2 Eier auf die Eiermarken A und B Nr. 74 (nicht Nr. 75) werden an dienenden Personen abgegeben, die in der vergangenen Woche noch nicht bedientigt werden konnten.

Markterricht. In der abgelaufenen Woche war die Zufuhr an Gemüse reichhaltig; es waren namentlich Winterkohl, Mörenkohl, Mörenkohl, Sellerie, Mören, Weikrüben, Kohlraben und Meerrettich genügend vorhanden; am Dienstag kamen auch 9 Zentner schöner Wurzelsalat zum Verkauf. Die Stadt, Gutsverwaltung hat täglich größere Mengen Winterkohl angekauft. Seefische feststen ganz und fluffigste waren am Freitag nur 2 Zentner vorhanden. Das Angebot an Geflügel war gut. Die Händler rechnen für diese Woche mit einer stärkeren Zufuhr an getrockneten Gänse. Wenn die Witterung so bleibt wie jetzt, dürfte auch die Gemüsezufuhr befriedigend werden. Von dieser Woche ab werden auch Christbäume zum Verkauf gelangen. — Der Marktverkehr war in der abgelaufenen Woche nicht groß, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Haushaltungen schon vielfach über eingelagerte Vorräte verfügen.

Wagenpark der Straßenbahn und der Lokalbahn. Der Bürgerausschuss hat auf Grund der Vorlage vom 19. Mai 1914 die Anschaffung von 4 neuen Motorwagen und 20 neuen Anhängerwagen für die Straßenbahn den Freitag vom 5.2.500 Mk. und auf Grund einer späteren Vorlage für die Anschaffung von 10 zweifachigen Erziehungswagen für die Karlsruher Lokalbahn den Betrag von 165.000 Mk. bewilligt. Infolge Ausbruchs des Krieges konnten die bestellten Wagen bis jetzt nur zum geringsten Teile geliefert werden. Infolge der während des Krieges eingetretenen wesentlichen erhöhten Baukosten und höhere Löhne fordern die Wagenfabriken nun beträchtlich höhere Preise, denen sie erklären, daß ihnen die Enthaltung der Vertragspreise unmöglich sei. Die Straßenbahnwagen werden dadurch um 337.500 Mk. und die Lokalbahnwagen um 105.300 Mk. teurer. Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, beim Bürgerausschuss die Zustimmung zu diesen Mehrausgaben zu beantragen.

Bad. Heimathank. Im Weiseln des Großherzogspaares fand am Freitag abend 5 Uhr in der Aula der Technischen Hochschule eine Veranstaltung des bad. Heimathank (Landesauschuss der Kriegswesensfürsorge) Sondernach für Gledererstag statt. Gutsdirektor Paul Probst sprach über die Kriegswesensfürsorge für Amputierte, insbesondere des Reservelazarets Sigen a. S. Dr. Hans von Bacher, Direktor des Ludwigsheims und Professor in Würzburg über die Erhaltung der Amputierten des orthopädischen Aturgischen Reservelazarets Ettingen. Dir. Probst besaßte sich hauptsächlich mit der Sanierungsoperation und zeigte an Lichtbildern und anatomischen Aufnahmen die Behandlungsweise der Amputierten. Professor Dr. v. Boeyer ließ eine Anzahl Präparate des Ettinger Lazarets zum Vortreten und die Sauerbrunnenhand in der Praxis vorführen.

Stiftung. Der am 16. November d. J. hier verlebte Herr Großh. Baulinspektor Wapser hat der Stadt Karlsruhe testamentarisch die Summe von 80.000 Mk. als Franz Monbertsche Schulförderstiftung mit der Bestimmung vermach, die Zinsen daraus ausschließlich zur Ausstattung und Erhaltung einer weiteren Ferienkolonie zu verwenden. Es ist dabei an solche Kinder gedacht, die sonst wegen der großen Zahl erholungsbedürftiger Kinder und des Mangels an Mitteln zurückgewiesen werden müssen.

